

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
01.03.2024

Antrag

Beschließendes Gremium:

Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Rats-sitzungen" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024, eingegangen am 29.02.2024)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	04.04.2024	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Der Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen" der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024 ist am 29.02.2024 eingegangen und dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg und damit auch die Abfolge des Sitzungsverlaufs (§ 4) wurde nach Erarbeitung in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe im Juli 2022 neu gefasst. Seitdem erfolgt die Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände („Vorlagen der Verwaltung“) vor der Befassung mit den politischen Anträgen und Anfragen. Diese Regelung entspricht den Empfehlungen in der Muster-Geschäftsordnung des Niedersächsischen Städtetages (NST) und entsprach dem mehrheitlichen Votum der vorgenannten interfraktionellen Arbeitsgruppe. Insbesondere war politischer Wunsch, sich bei der Erarbeitung einer Geschäftsordnung stark an der Muster-Geschäftsordnung des NST zu orientieren und damit Abkehr von einer über Jahre und Jahrzehnte gewachsenen Geschäftsordnung zu nehmen, deren Regelungen teilweise wenig nachvollziehbar und sogar widersprüchlich waren. Der Beschluss über die Neufassung der Geschäftsordnung erfolgte seinerzeit einstimmig.

Die nunmehr beantragte Änderung des regelmäßigen Sitzungsablaufs kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern dürfte auch Auswirkungen auf die Sitzungsdauer und/oder die Anzahl der Sitzungstage haben. Denn die Notwendigkeit der Herbeiführung einer Beschlusslage des Rates zu den „Vorlagen der Verwaltung“ resultiert in aller Regel aus der originären Zuständigkeit des Organs „Rat“. Auf eine Beschlusslage des Rates als weitere Handlungsgrundlage für die Verwaltung kann damit nicht verzichtet werden (§ 85 NKomVG: „Die Hauptverwaltungsbeamtin (...) führt die Beschlüsse der Vertretung (...) aus.“).

Nach der bis zum 13.07.2022 geltenden Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg war eine umgekehrte Beratungsfolge – zunächst politische Anträge/Anfragen, dann Vorlagen der Verwaltung – vorgesehen. Dies führte regelmäßig dazu, dass Verwaltungsvorlagen aus Zeitgründen vertagt wurden und Vorlagen, die dringend einer Entscheidung (Beschlussfassung) bedurften nur unzureichend beraten werden konnten. Dies war der Hauptgrund für die Änderung der Beratungsfolge mit der Geschäftsordnung vom 13.07.2022 in der oben beschriebenen Weise.

Die Gruppe Die PARTEI / Die Linke möchte mit dem Antrag offensichtlich erreichen, dass eine größere Anzahl politischer Anfragen und Anträge in einer Ratssitzung behandelt werden kann als bisher. Sofern der mehrheitliche Wunsch besteht, dieses Ansinnen durch eine Änderung der Geschäftsordnung zu fördern, wird empfohlen, dies zunächst im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe vorzubereiten und den in § 4 Absatz 1 der Geschäftsordnung geregelten Sitzungsablauf vorerst beizubehalten.

Die Verwaltung spricht sich aus den o.g. Gründen aber gegen eine diesbezügliche Änderung der Geschäftsordnung aus.

Eine Entscheidung über den Inhalt der Geschäftsordnung bedarf als Akt der Selbstorganisation des Rates keiner Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss.

Beschlussvorschlag:

Sh. Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024, eingegangen am 29.02.2024)

Anlagen:

Antrag "Zeitlich plausible Behandlung von Anfragen und Anträgen in den Ratssitzungen" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 29.02.2024, eingegangen am 29.02.2024)

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg

Gruppensprecherin: Marianne Esders
Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg
marianne.esders@dielinke-lueneburg.de

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 29.02.2024

Antrag einer zeitlich plausiblen Behandlung der von den Ratsfraktionen und -gruppen eingebrachten Anfragen und Anträge in den Ratssitzungen

Die Gruppe Die PARTEI / Die Linke beantragt eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Hansestadt Lüneburg mit dem Ziel, eine Umstellung der Tagesordnungsreihenfolge für die Ratssitzungen in einer solchen Weise zu erwirken, dass in jeder Sitzung ein plausibles Mindestmaß an Anträgen und Anfragen der Ratsfraktionen und -gruppen diskutiert und abgestimmt wird und es nicht in wiederholtem Maße zu einer nicht mehr haltbaren wochen- bzw. monatelangen zeitlichen Verzögerung der politischen Themensetzungen kommt.

Begründung

Im Rat der Hansestadt Lüneburg nehmen die Ausführungen der Verwaltung einen zeitlich sehr gewichtigen Anteil einer jeweiligen Ratssitzung ein. Dies führt dazu, dass Anträge und Anfragen der Fraktionen und Gruppen im Sitzungsrahmen weit nach hinten geschoben, über Monate hinweg nicht diskutiert und bei Verschiebungen und Rückverschiebungen zwischen Ausschüssen und Ratssitzungen in einem Zeitrahmen von zum Teil mehr als einem Jahr wieder vorgelegt und abgestimmt werden. Dies führt zu Unmut nicht nur unter den Ratsmitgliedern, sondern auch unter den Menschen aus der Zivilbevölkerung, die ihre Anliegen über Fraktionen und Gruppen in den Rat tragen und von Ratssitzung zu Ausschusssitzung zu Ausschusssitzung zu Ratssitzung vergeblich auf die Behandlung ihrer Anliegen warten. Die dadurch entstehende Politikverdrossenheit kann nicht im Sinne der Oberbürgermeisterin, der Ratsvorsitzenden oder der Ratsmitglieder sein. An diesem Punkt sollte der Rat kritisch hinterfragen, inwieweit die aktuelle Strukturierung der Ratssitzungen noch eine demokratische Repräsentation der Belange der Stadtbewohner*innen ermöglicht und spiegelt. Auch die Verwaltung würde sich eine Menge Mehrarbeit sparen, wenn sie nicht zu jeder Sitzung die Beantwortung von zuvor nicht behandelten Anfragen erneut anpassen müsste, um Sachverhalte nach dem jeweilig neuen Stand der Dinge darstellen zu können.

Ein plausibles Mindestmaß an Anträgen und Anfragen meint nicht eine Anzahl von ein bis zwei Anträgen pro Ratssitzung, wie z.B. in der Ratssitzung vom 29. Februar 2024 geschehen, sondern in jeder Ratssitzung sollten mindestens fünf bis zehn Tagesordnungspunkte aus der Sektion Anträge und Anfragen behandelt werden. Um dies zu ermöglichen, bitten wir darum, Anträge und Anfragen der Fraktionen und Gruppen in der Tagesordnungsreihenfolge nach den Einwohnendenfragen und vor den von der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzten Inhalten zu behandeln.

Wir bitten darum, diesen Antrag nicht nach hinten auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzungen zu setzen und erst nach mehreren Monaten abzustimmen, sondern schnellstmöglich eine Verbesserung der nicht länger hinnehmbaren Situation herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Gruppensprecherin Die PARTEI / Die Linke